

L - 2. Nov. 78 15

o.743.23(29^e) - GY/ry

Bern, 26. Oktober 1978

B e r i c h t

über die 29. Session des Exekutivkomitees
des Hochkommissariates der Vereinten Nationen
für die Flüchtlinge, 9. - 17. Oktober 1978 in Genf

Das Exekutivkomitee des Hochkommissariates der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge hielt vom 9. bis 17. Oktober 1978 seine 29. Session im Palais des Nations in Genf ab. Der Unterzeichnete, Direktor der Polizeiabteilung des Justiz- und Polizeidepartementes, führte abermals die schweizerische Delegation an, welcher ferner Herr P. von Graffenried, diplomatischer Mitarbeiter der Politischen Direktion III des EPD, angehörte.

Drei Tage vor Beginn der 29. Session, am 6. Oktober 1978, trat das "sous-comité plénier sur la protection internationale" zusammen. Vorgenannte Delegation nahm daran ebenfalls teil. Nachfolgender Bericht wird ein kurzes Kapitel über die Tagung dieses Unter-Komitees enthalten.

* * *

1. Wahl des Büros

Gemäss Artikel 10 des internen Verfahrensreglementes wurden vom Komitee mit Akklamation gewählt:

als Präsident:	Botschafter H. Jay (Kanada)
als Vizepräsident:	A. Mohammed (Nigeria)
als Berichterstatter:	H. Griffin (Venezuela)

2. Teilnahme an der 29. Session

Mit Ausnahme Chinas waren sämtliche 31 Mitgliedstaaten (Liste in der Beilage) des Exekutivkomitees sowie Beobachter von 30 Staaten, mehreren Befreiungsbewegungen und verschiedenen internationalen und zwischenstaatlichen Organisationen an dieser Session vertreten.

3. Annahme der Tagesordnung

Die vorgeschlagene provisorische Tagesordnung wurde kommentarlos angenommen.

4. Eröffnungsansprache des Hochkommissars

Der neue Hochkommissar, Poul Hartling, unterstrich in seiner einleitenden Ansprache in erster Linie den universellen Charakter des Flüchtlingsproblems und die gemeinsame Verantwortung aller, humanitäre und dauernde Lösungen zu finden. Er befasste sich somit namentlich mit den grossen, mehr prinzipiellen Fragen, die gegenwärtig das Hochkommissariat beschäftigen und erwähnte die operationelle Seite der HCR-Tätigkeit nur am Rande, da in verschiedenen Berichten eingehend dargelegt.

Bezüglich des internationalen Schutzes wies der Hochkommissar erneut auf die dringliche Notwendigkeit hin, dass mehr Staaten die die Flüchtlinge betreffenden internationalen Instrumente unterzeichnen, nämlich das Abkommen von 1951 über den Flüchtlingsstatus sowie das entsprechende Protokoll von 1967. Nur 12 der 31 Mitgliedstaaten des Exekutivkomitees hätten, so der Hochkommissar, bis anhin eine interne Ausführungsgesetzgebung zwecks Anwendung dieser Rechtsmittel geschaffen; die alleinige Unterzeichnung dieser Instrumente genüge nicht. Im laufenden Jahr seien aber erfreulicherweise das Abkommen und das Protokoll durch fünf weitere Staaten (Spanien, Somalia, Costa Rica, Dominikanische Republik, Sao Tomé und Príncipe) unterzeichnet worden, so dass die Gesamtzahl der Unterzeichnerstaaten auf 77 angestiegen sei, wovon 68 sowohl dem Abkommen als auch dem Protokoll, 7 nur dem Abkommen und 2 nur dem Protokoll beitraten. Dies sei aber noch immer nicht zufriedenstellend und das Hochkommissariat werde weiterhin alles unternehmen, um weitere Staaten zu diesem Schritt und danach zur strikten Anwendung dieser Texte zu veranlassen.

Eine weitere Hauptsorge des Hochkommissariates betrifft ganz allgemein die Asylpolitik. Immer wieder komme es vor, dass Asylsuchende, die sich in bitterster Not befinden - man denke zum Beispiel an die herumirrenden "boat-people" Indochinas -, ab- oder ausgewiesen werden. In diesem Sinne flehte der Hochkommissar die anwesenden

staatlichen Vertreter geradezu an, dazu beizutragen, dass diesem Problem abgeholfen und eine liberalere Asylpolitik geschaffen werde. Auch wünschte er, dass Aufnehmerstaaten ihm inskünftig im vornherein die Anzahl der Flüchtlinge bekanntgeben, die sie aufzunehmen in der Lage sind, um dem Hochkommissariat bessere Planungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Als dritte Hauptsorge - und es handelt sich dabei nicht um ein Novum - nennt der Hochkommissar die mangelnde finanzielle Unterstützung gewisser Mitgliedstaaten und das daraus resultierende Missverhältnis der Beitragsquoten. Immer noch leisten in der Tat 11 Mitgliedstaaten (USA, Grossbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark, BRD, Niederlande, Japan (neu), Australien, Kanada, Schweiz) etwa 92 % der regulären, freiwilligen Beiträge an das allgemeine Budget und etwa 95 % der ebenfalls freiwilligen Beiträge für Sonderaktionen. Dies könne so nicht weitergehen. Dank wichtiger, bereits geleisteter oder in Aussicht gestellter zusätzlicher finanziellen Leistungen werde es vermutlich dennoch möglich sein, das sich auf 111 Millionen Dollar belaufende Gesamtbudget für das laufende Jahr zu decken. Die Aussichten für die nähere Zukunft sähen jedoch nach wie vor düster aus, es sei denn, dass an der kommenden Pledging-Konferenz anlässlich der 33. Generalversammlung der Vereinten Nationen bedeutende Mehrbeträge angemeldet und, zumindest teilweise, zu Beginn des nächsten Jahres ausbezahlt werden. Die Gesamtsumme der veranschlagten Ausgaben für 1979 soll sich etwa auf 120 Millionen Dollar belaufen. Damit das Hochkommissariat gleich anfangs Jahr operationell sein und laufende Aktionen weiterführen könne, müsse es umgehend über grössere Summen als bisher verfügen können. Es sei daran erinnert, dass an der letztjährigen Pledging-Konferenz der UNO lediglich 12 Millionen Dollar angemeldet und diese erst spät ausbezahlt worden sind!

Schliesslich wies Herr Hartling auch kurz auf die gegenwärtig laufende operationelle Tätigkeit des Hochkommissariates hin und erwähnte in diesem Zusammenhang namentlich die Repatriierung und Wiedereingliederung von Flüchtlingen aus Angola, Guinea-Bissau, Mozambique, Zaire, Namibia in Afrika, jener der indochinesischen Halbinsel in Asien und aus Chile in Lateinamerika. Die Flüchtlingsprobleme in

Zentralamerika (Nicaragua, Honduras, Costa-Rica) und im Vorderen Orient (Libanon) erwähnte der Hochkommissar in dieser einleitenden Rede nicht.

Der neue Hochkommissar, der zum ersten Mal seit seinem Amtsantritt (Februar 1978) an einer solchen Ratssitzung teilnahm und in den letzten Monaten 25 verschiedene Länder auf vier Kontinenten besucht hat, wies sich als ein grosser Kenner sämtlicher Flüchtlingsprobleme aus und führt das Werk seiner Vorgänger mit Besorgnis aber Begeisterung und Geschick fort.

5. Ansprache des Direktors des Zwischenstaatlichen Komitees für europäische Auswanderung (CIME)

Herr John F. Thomas würdigte die seit 25 Jahren bestehende enge Zusammenarbeit zwischen dem Hochkommissariat und seiner Organisation und unterstrich die Notwendigkeit vermehrter Solidarität unter den internationalen Hilfswerken, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. Das CIME steht bekanntlich dem Hochkommissariat beim Transport und der Eingliederung von Flüchtlingen aktiv zur Seite.

6. Generaldebatte

In der allgemeinen Aussprache wurde übereinstimmend der Anerkennung, Wertschätzung und dem Dank für die vom Hochkommissar und seiner Organisation geleisteten Arbeit Ausdruck gegeben und seiner Forderung nach vermehrten Beitragsleistungen und Beitritten zu den internationalen, auf die Flüchtlinge zugeschnittenen Rechtsmittel zugestimmt.

Verschiedene Delegationschefs informierten ferner das Exekutivkomitee über die in ihren respektiven Ländern vorgesehenen oder durchgeführten Gesetzesänderungen, die allgemeine Asylpolitik sowie den Stand ihrer Beitragsleistungen für das laufende sowie für kommende Jahre. Erwähnenswert ist dabei das vermehrte Interesse Japans, das nur als Beobachter teilnimmt, und für 1979 einen Beitrag von 6 Millionen Dollar in Aussicht gestellt hat.

Der Unterzeichnete unterstrich in einer kurzen Erklärung zu diesem Tagesordnungspunkt (vgl. Beilage) namentlich die fortdauernde

Bereitschaft der Schweiz zur Fortsetzung der engen Zusammenarbeit mit dem Hochkommissariat, der Aufnahme von Flüchtlingen in unserem Land und der Beitragsleistung an das ordentliche Programm und für dringliche Sonderaktionen; er erläuterte dabei ebenfalls kurz den Entwurf zum neuen schweizerischen Asylgesetz, welcher gegenwärtig in den Räten besprochen wird und sämtlichen Erfordernissen der Konvention von 1951 sowie den neuen, zeitgemässen Ansprüchen und Bedürfnissen vollends Rechnung trage, ja sogar weitergehende Bestimmungen enthalte.

Wie in den vergangenen Jahren, fand auch heuer ein ärgerlicher und ausgedehnter, heftiger Wortwechsel zwischen den Delegationen der Türkei, Griechenlands und Zypern einerseits sowie Marokkos und Algeriens andererseits statt. Diese vorgängig abgesprochenen und inszenierten Darbietungen hoher rhetorischer Qualität trugen in Nichts zu den behandelten, rein humanitären Themen bei und verzögerten unnötig die Generaldebatte.

Wiederholt wurde auch auf die besonders dramatische und dringliche Lage der indochinesischen Flüchtlinge auf hoher See ("boat people") und auf die tragischen Ereignisse im Libanon hingewiesen und diesbezügliche Unterstützung in Aussicht gestellt mit der Bitte an das Hochkommissariat, im Rahmen seiner Möglichkeiten alles zu unternehmen, um in diesen Regionen wirksam eingreifen zu können.

Der Hochkommissar zeigte sich über den Verlauf dieser Generaldebatte und insbesondere über verschiedene Beitragserhöhungen sehr erfreut.

7. Internationaler Rechtsschutz

Wie bereits eingangs erwähnt, war dieser Tagesordnungspunkt Gegenstand einer eintägigen Sondertagung des "sous-comité plénier sur la protection internationale", an welcher die extraterritoriale Wirkung der Bestimmung des Flüchtlingsstatus und die Reisedokumente für Flüchtlinge (titres de voyage) besprochen wurden. Die Wichtigkeit der Ausübung des internationalen Rechtsschutzes durch das Hochkommissariat wurde dabei immer wieder unterstrichen; dieser sei jedoch nur dann funktionell, wenn vermehrt Staaten eine liberale Asyl-

politik betreiben, auf die Rückweisung und Ausweisung der Flüchtlinge verzichten und den in anderen Staaten verliehenen Flüchtlingsstatus sowie die ausgeteilten Reisepapiere anerkennen.

Bei der Besprechung der Frage der exterritorialen Wirkung der Bestimmung des Flüchtlingsstatus wies der Unterzeichnete darauf hin, dass man zwischen zwei Tatbeständen unterscheiden müsse: zum einen dem Fall des Flüchtlings, der sich kurzfristig in einem anderen Land aufhalten will und dessen Status auch von diesem temporären Gaststaat anerkannt werden sollte, wie dies in der Schweiz der Fall ist; zum anderen dem Flüchtling, der als solcher in einem Staat anerkannt wurde und sich in einem anderen Land, das das Abkommen von 1951 ebenfalls unterzeichnet hat, niederlassen will. Hier soll er zwar als Flüchtling anerkannt werden, doch bedeute dies nicht, dass ihm auch unverzüglich das Asyl erteilt werden müsse, sollen doch die Behörden darüber entscheiden können. Länger als 2 Jahre dürfe aber der Entscheid nicht auf sich warten lassen. Diese Bedingungen würden von der Schweiz ebenfalls eingehalten.

Die Frage der Reisedokumente wurde, mangels Zeit, nur kurz besprochen, umso mehr als sie zu keinerlei wichtigen Bemerkungen Anlass gab. In der Tat wurden die entsprechenden, vom Hochkommissariat vorbereiteten Arbeitsunterlagen zu den beiden zur Diskussion stehenden Problemkreisen generell als ausgezeichnet und vollständig bezeichnet und deren Schlussfolgerungen erhielten sodann auch allgemeine Zustimmung.

Das Exekutivkomitee genehmigte schliesslich die vom Berichtstatter im Zusammenhang mit dem Direktor für internationalen Rechtsschutz des Hochkommissariates entworfenen Schlussfolgerungen über die Arbeit der Untergruppe (im Anhang) und beschloss, 1979 eine weitere solche, diesmal zweitägige Sondertagung des "sous-comité plénier sur la protection internationale" durchzuführen. Diese Meinungs austausche und die dabei angenommenen conclusions sollen es dem Hochkommissariat erlauben, in jenen Staaten, die diese Prinzipien nicht oder ungenügend anwenden, mit vermehrtem Nachdruck vorstellig zu werden und bessere Ergebnisse zu erzielen.

8. Hilfeaktivitäten des Hochkommissariates

Ein in zwei Hauptrubriken ("programmes généraux" und "programmes spéciaux") eingeteilter, umfangreicher Bericht vermittelt dem Leser ein äusserst klares und vollständiges Bild über die vom Hochkommissariat im Berichtjahr unternommenen Hilfeaktionen. Dieser Bericht wurde demzufolge beinahe kommentarlos angenommen. Somit hiess das Exekutivkomitee, wenn auch ohne Begeisterung, aber die Notwendigkeit einsehend, das revidierte Jahresbudget für 1978 und dasjenige von 1979 gut. Die Erhöhung dieser Budgets ist in erster Linie auf die in Afrika neu aufgetretenen Bedürfnisse zurückzuführen. Verschiedene afrikanische Delegationen sowie die Beobachter des Front patriotique, des Pan Africanist Congress und des African National Congress wiesen denn auch auf die Dringlichkeit vermehrter internationaler Solidarität hin.

Die revidierten Jahresbudgets für 1978 und 1979 sehen nun wie folgt aus:

1978:	programmes généraux:	40'721'000 US-Dollar
	programmes spéciaux:	70'000'000 US-Dollar
1979:	programmes généraux:	77'000'000 US-Dollar
	programmes spéciaux:	37'000'000 US-Dollar

Obschon gesamthaft gesehen die Auslagen des Hochkommissariates für 1979 knapp höher als für das laufende Jahr veranschlagt sind, bedeutet die stark angestiegene Summe des "budget général" (Einbezug der früher als Sonderaktionen bezeichneten, heute aber leider zur Routine gewordenen und daher im voraus eingeplanten Hilfeleistungen in Indochina einbezüglich der "boat-people" in Thailand), dass das Hochkommissariat mit höheren Beiträgen an das reguläre Budget rechnen können muss als bisher. Dies dürfte jedoch, zumindest in den nächsten Jahren, schwer halten, da viele Staaten, ähnlich wie die Schweiz, die Kredite für mehrere Jahre einholen und damit bereits die Leistungen an das reguläre Budget festgelegt haben. Auf diese Schwierigkeit wurde denn auch vielfach hingewiesen.

9. Stand der Beitragsleistungen und allgemeine Finanzlage 1978 und 79

Das Exekutivkomitee prüfte den vom Hochkommissar vorgelegten Bericht über den Stand der freiwilligen Beitragszahlungen und die allgemeine Finanzlage 1978 und 1979. Gemäss neustem Stand der Beitragsleistungen sollte die vollständige Finanzierung des revidierten ordentlichen Jahresbudgets für 1978 erreicht werden. Dieser erfreulichen Nachricht steht jedoch die Hiobsbotschaft eines Defizits von annähernd 28 Millionen Dollar für die Sonderprogramme gegenüber, das zu resorbieren es gilt, ansonsten das Hochkommissariat sich gezwungen sehe, gewisse Aktionen einzuschränken. Die Finanzlage des Hochkommissariates muss daher als ernst bezeichnet werden. Die Schweiz wird, wie in der Erklärung dargelegt wurde, weiterhin ihren Anteil an der Finanzierung der ordentlichen HCR-Programmtätigkeit leisten und sich, wie dies auch bisher geschah, an den Spezialprogrammen des Hochkommissariates beteiligen. 1978 wurden dem HCR 1'300'000 Franken für das ordentliche Programm und 1'350'000 Franken für Sonderaktionen zur Verfügung gestellt (siehe "Liste der 1978 geleisteten Zuwendungen" in der Beilage).

10. Diverse Fragen

- Erweiterung der Mitgliedschaft des Exekutivkomitees: An der diesjährigen Sommersession des ECOSOC in Genf wurde bekanntlich eine Resolution (E/RES/1978/36) verabschiedet, in welcher der UNO-Generalversammlung empfohlen wird zu beschliessen, dass das Exekutivkomitee des Hochkommissariates um zusätzlich höchstens neun Mitglieder zu erweitern sei. Dieser Beschluss des Wirtschafts- und Sozialrates geht auf langjährige Bestrebungen zurück, den neuen Gegebenheiten (Unabhängigkeit neuer afrikanischer Staaten namentlich) Rechnung zu tragen und vermehrt vom Flüchtlingselend direkt betroffene Staaten, insbesondere der Dritten Welt, in das Komitee aufzunehmen. Vorausgesetzt dass die 33. Generalversammlung die entsprechende Resolution annimmt, werden die neuen Mitglieder an der nächsten ECOSOC-Tagung bestimmt werden. Diese Erweiterung des Exekutivkomitees wurde von vielen Delegationen aller Kontinente ausdrücklich begrüsst. Seitens der westlichen Staaten wurde in den Kulissen namentlich der Wunsch geäussert, Japan und Saudi Arabien ins Komitee aufzunehmen, in Anbetracht ihres

vermehrten Interesses und ihrer Beitragsmöglichkeiten.

- Koordination der operationellen Tätigkeit des Hochkommissariates: Ohne dadurch auch nur den geringsten Zweifel an der Effizienz des Hochkommissariates anzudeuten, machten mehrere westliche Delegationen (Schweden, Belgien, Niederlande) den Vorschlag, ein zweites "sous-comité plénier" zur Besprechung der operationellen Tätigkeit zu schaffen. Ein ähnliches Ziel verfolgte die von Kanada unterstützte australische Anregung, vermehrt regionale Treffen zu veranstalten (wie kürzlich in Kuala Lumpur), um spezifische regionalbedingte Fragen abzuklären. Ein weiterer Vorstoss, der aber die Fragwürdigkeit solcher Vorhaben mit aller Deutlichkeit aufzeigte, wurde von der nigerianischen Delegation lanciert, die in einem sechs-Punkte-Programm regionale Treffen in Afrika zwecks Behandlung zum Teil rein politischer Fragen vorschlug (Rassismus, Apartheid usw.).

Alle vorgenannten Vorschläge wurden zwar in den Kulissen eingehend, nicht aber im Plenum besprochen, da die Urheber der Anregungen einsehen mussten, dass keine Mehrheit oder gar Einstimmigkeit dafür hätte gefunden werden können. Namentlich die französische Delegation scheint sich dafür eingesetzt zu haben, dass es weiterhin dem Hochkommissar zustehen sollte, die Hilfeleistungen zu koordinieren, wobei jedoch allgemein der Wunsch geäußert werde, beim Auftreten besonders wichtiger Fragen wie bisher die Genfer Missionen zu informieren oder zu einem Meinungsaustausch einzuladen. Auf diesen Nenner konnte man sich dann auch einigen.

Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass sich anlässlich der informellen Konsultationen zu den unter diesem Kapitel behandelten Vorschlägen eine Art kleine WEO-Gruppe bildete und weder die Schweiz noch Oesterreich in diese "Verhandlungen" miteinbezogen wurden.



(O. Schürch)

Beilagen :

- 1 Erklärung
- Schlussfolgerungen des sous-comité plénier sur la protection internationale
- Liste der Mitgliedstaaten des Exekutivkomitees
- Liste der 1978 geleisteten Zuwendungen der Schweiz an das HCR

Verteiler :

- Frau Botschafter F. Pometta
- Herr Dr. O. Schürch, Direktor der Polizeiabteilung, EJPD
- Völkerrechtsdirektion
- Schweizerischer Beobachter, New York
- Schweizerische Mission, Genf
- Sektion UNO und internationale Organisationen
- Sektion internationale Hilfswerke
- Sektion für Katastrophenhilfe im Ausland

L - 2. Nov. 78 151

Déclaration de la délégation suisse lors
du débat général au Comité exécutif du HCR,
le 10 octobre 1978

Monsieur le Président,

Je tiens tout d'abord à vous féliciter, Monsieur le Président, de votre élection à la Présidence de notre Comité et à vous dire, combien ma délégation est heureuse de ce choix ainsi que de celui des autres membres du Bureau. Par la même occasion, je souhaite exprimer notre reconnaissance au Président sortant pour sa direction compétente et agréable du sous-comité plénier sur la Protection internationale qui s'est réuni vendredi dernier.

Le Comité exécutif du Haut Commissariat pour les réfugiés se réunit aujourd'hui pour la première fois depuis la nomination de M. Poul Hartling à la tête de cette importante organisation et je me plais à relever, combien les Autorités suisses ont été heureuses en apprenant que la 32ème Assemblée générale des Nations Unies vous a nommé à l'unanimité pour cette importante charge. Votre élection brillante, Monsieur le Haut Commissaire, prouve que vous êtes la personnalité qui possède les meilleures prémisses pour occuper cette haute fonction grâce à votre formation classique et humanitaire, à vos diverses activités dans le domaine théologique, sociale et pédagogique et à votre longue et importante carrière politique. En plus de cette vaste expérience, l'autorité dont vous jouissez sur le plan international ainsi que votre courage, votre énergie et votre engagement si empreint de chaleur humaine ont déjà fortement contribué à

- 2 -

remplir avec succès votre beau mais délicat mandat dans la ligne de vos éminents prédécesseurs. Les autorités de mon pays ont eu l'honneur de s'en rendre compte lors de la visite à Berne que vous leur avez faite il y a quelques mois, qui soulignait une fois de plus les liens étroits qui existent entre Berne et le Haut Commissariat pour les réfugiés.*

Il n'est pas toujours facile de se faire une image réelle et complète de l'oeuvre du Haut Commissariat lorsque l'on se trouve dans un pays qui a le privilège de connaître la paix et la tranquillité. Aussi sommes-nous particulièrement reconnaissants au Haut Commissaire de nous avoir présenté des documents de travail si détaillés et d'avoir mis l'accent, dans son exposé introductif, sur les points cruciaux de l'activité déployée d'une façon magistrale. Une fois de plus, nous sommes amenés à constater que les tâches confiées à l'Organisation ne font qu'accroître et que le souhait, exprimé par le Prince Sadruddin Aga Khan à maintes reprises, de voir le HCR disparaître un jour faute de travail, reste un voeu pieux. Le déchaînement des forces naturelles et humaines est hélas devenu une réalité à laquelle nul ne semble pouvoir remédier. Qu'en serait-il si l'Organisation des Nations Unies n'avait pas mis sur pied le Haut Commissariat pour les réfugiés qui, tout au long de ses vingt-huit ans d'existence, a su panser tant de plaies cruelles ? - On ne peut se l'imaginer !

* Je me félicite aussi de voir à vos côtés M.Dale de Haan, le nouveau Haut Commissaire adjoint, dont ma délégation apprécie les grands talents.

Il est malheureux que l'activité du Haut Commissariat soit parfois freinée par des considérations purement financières, les Gouvernements n'étant pas toujours à même de se montrer aussi généreux qu'ils ne le voudraient. En effet, les aspects budgétaires sont devenus primordiaux eu égard à la situation politico-économique mondiale actuelle qui place de nombreux pays dans une situation de récession difficile qui se traduit à son tour souvent par des embûches sur le marché du travail et par un courant d'immigration ralenti. Les personnes en quête d'asile ressentent hélas cette évolution qui ne sera, nous l'espérons, que passagère. Dans ce contexte, notre délégation comprend le souci du Haut Commissariat qui l'amène à suggérer, dans son rapport 556 sur la réinstallation des réfugiés d'examiner la possibilité d'adopter un système selon lequel les Gouvernements fixeraient des contingents annuels d'admission. Nous partageons entièrement l'avis selon lequel un tel système permettrait d'équilibrer l'offre à la demande de réinstallation mais craignons qu'il ne soit pas possible d'y parvenir du moins pour ce qui est de mon propre pays. Nous nous demandons même s'il serait judicieux d'y aspirer, car il a été prouvé à maintes reprises qu'un nombre plus élevé que vraiment prévu de réfugiés a pu être accueilli dans notre pays pour tenir compte de situations particulièrement graves. Il n'en reste pas moins que tous les efforts doivent être entrepris pour convaincre davantage de pays encore à accorder un asile permanent à un nombre plus élevé de réfugiés.

- 4 -

Pour ce qui est de la nouvelle présentation des budgets du Haut Commissariat, nous approuvons entièrement la tendance d'inclure davantage d'actions dans le budget général. Ceci permettra aux Gouvernements de mieux escompter les besoins financiers du Haut Commissariat mais il est à craindre qu'ils ne seront pas encore en mesure d'annoncer des contributions accrues lors de la prochaine pledging conference à la 33ème Assemblée général des Nations Unies. Ceci vaut en tous les cas pour la Suisse qui établit les budgets pour plusieurs années à la fois et qui se verra obligée de maintenir la somme prévue pour la contribution régulière tout en continuant à disposer d'une certaine latitude pour des contributions particulières au courant de l'année. Notre contribution au budget général pour 1979 se situera dès lors à nouveau dans le même ordre de grandeur que cette année et nous étudierons avec soin et diligence tous les appels relatifs à des subsides complémentaires et y donnerons, dans la mesure du possible, une suite favorable.

Je puis également assurer le Haut Commissariat que nous continuerons à collaborer activement à la réinstallation de réfugiés valides ou handicapés. Pour ce qui est de l'activité du Haut Commissaire en matière de protection internationale, je ne puis que répéter que nos vues dans cette matière ne diffèrent pas de celles tracées par l'administration dans les documents soumis au sous-comité. A ce propos, je souhaite rappeler qu'une loi suisse sur l'asile est actuellement étudiée par notre Parlement et que notre peuple sera appelé à la voter s'il y a référendum. Tout semble indiquer que cette loi, qui

contiendra une définition de l'asile et du réfugié et qui réglera la procédure d'admission et le statut du réfugié en allant, sur de nombreux points, bien au-delà des critères prévus dans les conventions internationales auxquelles la Suisse est partie, verra bientôt le jour. Elle disposera que l'asile est accordé au requérant lorsque les conditions fixées dans la loi sont remplies et donnera au réfugié le droit de recourir au Conseil fédéral et au Tribunal fédéral contre une décision révoquant l'asile. Le réfugié sera aussi autorisé, dès le début, à exercer une activité lucrative.

La nouvelle loi suisse sur l'asile sanctionnera ainsi une longue pratique dans le domaine de l'asile. Actuellement, un millier de personnes originaires de plus de 40 pays sollicitent chaque année l'asile en Suisse et l'obtiennent dans leur grande majorité. Ainsi, 30'000 réfugiés bénéficient actuellement de l'hospitalité suisse et de nouvelles demandes sont à l'étude, notamment pour ce qui est des cas les plus urgents, soit les dits "boat-people" du Vietnam, dont environ 250 ont déjà été recueillis en Suisse, et les réfugiés venant du Chili et autres pays de l'Amérique latine, dont environ 1'300 se trouvent déjà sur notre territoire. Nos Autorités sont disposées à accorder la réinstallation permanente à d'autres contingents et les cas individuels seront examinés sur la base de dossiers que nous recevrons soit du siège, soit des délégations du Haut Commissariat. L'accueil et l'intégration de tous ces réfugiés sont possibles grâce au concours des agences bénévoles qui se chargent de leur assistance et à la très harmonieuse collaboration avec le HCR.

Une oeuvre d'entraide suisse songe en ce moment à recueillir en Suisse des citoyens du Nicaragua qui se sont réfugiés au Honduras et à Costa-Rica. Il nous intéresserait dans ce contexte de connaître l'appréciation de la situation établie par les émissaires du Haut Commissaire et de quelle manière il entrevoit l'aide que les Gouvernements pourraient fournir pour venir en aide aux victimes des tensions politiques qui règnent actuellement au Nicaragua.

Merci, Monsieur le Président.

COMITE EXECUTIF DU PROGRAMME
DU HAUT COMMISSAIRE

Sous-Comité plénier sur la protection
internationale

Distr.
RESTREINTE

HCR/EC/XXIX/CRP.2/Rev
10 octobre 1978

FRANCAIS
Original : ANGLAIS

Projet de conclusions sur l'effet extraterritorial de la détermination du statut de réfugié en vertu de la Convention de 1951 et du Protocole de 1967 relatifs au statut des réfugiés

1. A considéré que l'un des aspects essentiels du statut de réfugié, tel qu'il est défini par la Convention de 1951 et le Protocole de 1967, est son caractère international.
2. A reconnu qu'il était souhaitable d'assurer le maintien et la continuité du statut de réfugié, une fois celui-ci reconnu par un Etat contractant.
3. A noté que plusieurs dispositions de la Convention de 1951 permettent à un réfugié résidant dans un Etat contractant d'exercer certains droits - en qualité de réfugié - dans un autre Etat contractant et que l'exercice de ces droits n'est pas subordonné à une nouvelle détermination de son statut de réfugié.
4. A noté que les personnes qui sont considérées comme des réfugiés au sens du paragraphe 1 de la partie A de l'Article premier de la Convention gardent leur statut de réfugié à moins qu'elles ne tombent sous le coup d'une clause de cessation ou d'exclusion.
5. A noté que les réfugiés, détenteurs de titre de voyage délivré en vertu de la Convention par un Etat contractant, peuvent voyager en qualité de réfugié dans d'autres Etats contractants.
6. A considéré qu'il est inhérent au but même de la Convention de 1951 et du protocole de 1967 que le statut de réfugié déterminé par un Etat contractant soit reconnu par les autres Etats contractants.
7. A reconnu, par conséquent, que le statut de réfugié déterminé dans un Etat contractant ne doit être remis en question par un autre Etat contractant que dans des cas exceptionnels s'il apparaît que l'intéressé ne remplit manifestement pas les conditions requises par la Convention, par exemple s'il est découvert des faits indiquant que les déclarations initialement faites étaient frauduleuses ou montrant que l'intéressé tombe sous le coup d'une des clauses de cessation ou d'exclusion prévues par la Convention de 1951.
8. A également reconnu que la décision prise par un Etat contractant de ne pas reconnaître la qualité de réfugié n'empêche pas un autre Etat contractant d'examiner une nouvelle demande de statut de réfugié formulée par l'intéressé.

Distr.
RESTREINTE

COMITE EXECUTIF DU PROGRAMME
DU HAUT COMMISSAIRE

HCR/EC/XXIX/CRP.3
9 octobre 1978

Sous-Comité plénier sur la protection
internationale

FRANCAIS
Original : ANGLAIS

PROJET DE CONCLUSIONS RELATIVES AUX TITRES
DE VOYAGE POUR REFUGIES

Le Comité exécutif :

- 1) a réaffirmé l'importance de la délivrance de titres de voyage aux réfugiés pour leur permettre d'effectuer des voyages temporaires hors de leur pays de résidence et pour se réinstaller dans d'autres pays.
- 2) a prié instamment tous les Etats parties à la Convention de 1951 et/ou au Protocole de 1967 de délivrer à tous les réfugiés qui résident régulièrement sur leur territoire et qui désirent voyager des titres de voyage comme le prévoit la Convention de 1951 (article 28 et annexes).
- 3) a recommandé que les titres de voyage délivrés en vertu de cette Convention aient une validité étendue, aussi bien sur le plan géographique que dans le temps, et que ces documents comportent - comme le prévoit le paragraphe 13 de l'Annexe - une clause de retour ayant, sauf circonstances exceptionnelles, la même durée de validité que celle du titre lui-même.
- 4) a recommandé que pour éviter les inconvénients que cela implique, le réfugié qui demande une prolongation ou un renouvellement du titre de voyage de la Convention ne soit pas obligé de retourner dans le pays qui le lui a délivré et puisse obtenir cette prolongation ou ce renouvellement, même pour des périodes de plus de six mois, auprès des représentants diplomatiques ou consulaires de l'Etat de délivrance ou par leur intermédiaire.
- 5) a recommandé que pour éviter des interprétations divergentes des paragraphes 6 et 11 de l'Annexe à la Convention de 1951 et les difficultés qui en résultent pour les réfugiés, les Etats contractants prennent des dispositions appropriées, y compris l'adoption d'accords bilatéraux ou multilatéraux, concernant le transfert de responsabilité pour la délivrance des titres de voyage de la Convention.
- 6) a exprimé l'espoir que les Etats contractants étendent aux réfugiés résidant régulièrement sur leurs territoires respectifs l'application des arrangements bilatéraux et multilatéraux conclus en vue de faciliter les déplacements de leurs ressortissants, par exemple en ce qui concerne la simplification des formalités de visa et la suppression des droits de visa.

HCR/EC/XXIX/CRP.3

page 2

- 7) a exprimé l'espoir que les Etats qui ne sont pas parties à la Convention de 1951 ou au Protocole de 1967 délivreront aux réfugiés résidant régulièrement sur leur territoire des titres de voyage appropriés, dans des conditions aussi semblables que possible à celles qui sont applicables aux titres de voyage délivrés conformément à la Convention de 1951.
- 8) a exprimé sa satisfaction au sujet de la Note sur les titres de voyage pour réfugiés (EC/SCP/10) présentée par le Haut Commissaire, a marqué son accord, de façon générale, sur le contenu de cette note et a recommandé que le Haut Commissaire communique cette note, sous une forme appropriée, aux Gouvernements en même temps que les conclusions ci-dessus, afin d'étayer ses efforts tendant à promouvoir la délivrance aux réfugiés de titres de voyage conformes aux normes admises sur le plan international.

Liste der Mitgliedstaaten des
Exekutivkomitees des Flüchtlingshochkommissariates

Algerien
 Australien
 Belgien
 Brasilien
 Bundesrepublik Deutschland
 China
 Dänemark
 Frankreich
 Griechenland
 Grossbritannien
 Iran
 Israel
 Italien
 Jugoslawien
 Kanada
 Kolumbien
 Libanon
 Madagaskar
 Niederlande
 Nigeria
 Norwegen
 Oesterreich
 Schweden
 Schweiz
 Tansania
 Tunesien
 Türkei
 Uganda
 Vatikan
 Venezuela
 Vereinigte Staaten von Amerika

+ par décision de
l'ECOSOC du 10. 8. 79.

Argentine
 Nicaragua
 Japon

Thailand
 Finlande
 Lesotho
 Maroc
 Zaïre
 Jordanie

Liste der 1978 geleisteten Zuwendungen der Schweiz an das Werk des
 UNO-Flüchtlingshochkommissariates, Stand per 25. Oktober 1978

(zulasten der Kredite der humanitären Hilfe, ausbezahlt durch die
 Sektion internationale Hilfswerke der DEH)

Ordentliches Budget (budget général)

- ordentlicher Beitrag	:	1'300'000.-- Franken
- ausserordentlicher Beitrag	:	300'000.-- Franken
		<hr/>
Total	:	1'600'000.-- Franken

Budget für Spezialprogramme (budget spécial)

- für Flüchtlinge aus Angola in Zaire	:	100'000.-- Franken
- für Flüchtlinge des Kon- flikts im Horn von Afrika:		
- Aethiopien	:	200'000.-- Franken
- Somalia	:	200'000.-- Franken
- Djibouti	:	100'000.-- Franken
- Erithrea	:	100'000.-- Franken
- für Vertriebene in Indochina	:	250'000.-- Franken
- für burmesische Flücht- linge in Bangladesh	:	350'000.-- Franken
- für Flüchtlinge aus dem südlichen Afrika in Sambia	:	50'000.-- Franken
		<hr/>
Total	:	1'350'000.-- Franken